

# Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag.  
Bezugspreis: 3 M 30 & vierteljährlich frei ins Haus oder durch die Post;  
in der Geschäftsstelle abgeholt 3 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Zander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum für Geisenheim  
20 &, auswärtiger Preis 25 &. Kleinzeile 65 &. Bei mehrmaliger Aufnahme  
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanschluß Nr. 123 Amt Rüdeshelm am Rhein.

Nummer 30.

Donnerstag den 11. März 1920.

20. Jahrgang.

## Die Mark steigt.

Erfreuliche Wirkungen der Wiederaufbauanleihe.

Auf allen Auslandsmärkten hat nach Bekanntwerden des Londoner Manifestes, das Deutschland eine Milliardenanleihe zum Wiederaufbau seines Wirtschaftslebens in Aussicht stellt, eine erfreuliche Kurs-erhöhung der Mark eingeleitet. Seit langer Zeit zum ersten Male wieder ein Lichtblick. Die Besserung unserer Mark spiegelt sich am besten in den stark rückgängigen Preisen, die an der Berliner Börse für fremde Geldsorten und Banknoten bezahlt werden, wieder. Am 5. März notierten amerikanische Noten 98,60, am 8. März dagegen bereits nur noch 89,10. Schwedische Noten gingen von 1641,75 auf 1526,50 zurück. Meistlich gaben alle übrigen fremden Zahlungsmittel nach. Die Kaufkraft der Mark gegenüber dem Ausland, die sich vor wenigen Tagen nur noch auf 4 Btg. belaufen hat, ist wesentlich gehoben und wird sich aller Voraussicht nach weiter erholen. Je mehr sich aber die Kaufkraft der Mark erholt, desto mehr Rohstoffe können wir im Ausland kaufen. Die Industrie kann wieder besser beliefert werden und mit der Zeit wird sich auch wieder ein gewisser Vorrat in Waren ansammeln. Das Verhältnis von Nachfrage und Angebot wird sich ausgleichen, und damit wird der schier unerträglichen Preisteuerung auf allen Gebieten ein Ende gemacht werden. Allzu rasch wird sich die Entwicklung ja nicht vollziehen, doch haben wir jetzt die begründete Hoffnung, allmählich wieder zum Verhältnis entgegenzugehen.

Gleichzeitig mit der Besserung unserer Reichsmark hat an der Berliner Börse große Enttäuschung und Zurückhaltung Platz gegriffen, teilweise macht sich sogar bereits ein großes Entlastungsbedürfnis der Spekulation bemerkbar. Anstatt sich über die Besserung der Saluta zu freuen, ist man an der Börse missgestimmt und ärgerlich über den plötzlichen Umbruch. Wie soll man sich diese merkwürdige Situation noch erklären?

Als unsere Mark noch ihren guten alten Wert hatte und infolge der Golddeckung und des geringen Kursniveaus der Ein- und Ausfuhr nur äußerst geringen Schwankungen unterworfen war, hielten sich die Kurssteigerungen an der Börse immer in bestimmten Grenzen. Als und zu schwankte zwar der Kurs der Aktien, je nachdem das Unternehmen eingeschätzt wurde. Schlechte Arbeits- und Betriebsverhältnisse, Streiks usw. führten zu Kursminderungen der betreffenden Bahnen; gute Absatzmöglichkeiten, starke Nachfragen nach den Erzeugnissen des Unternehmens brachten dann auch die Aktien wieder in die Höhe, im Grunde genommen hielten sich die Schwankungen eben immer in bestimmten Grenzen, je nachdem die Konjunktur stieg oder fiel.

Nach dem traurigen Ausgang des Weltkrieges trat gerade das Gegenteil in Erscheinung. Je tiefer die Reichsmark sank und an Wert verlor, desto mehr wurden die realen Papiere, Industrie- und Verkehrstitel begehrter. Denn ihr innerer Wert wird nicht gemessen nach der Zahl der Papierscheine, die man für eine Aktie gibt, sondern nach der Leistung des Unternehmens. Wenn sich diese auf gleicher Höhe hält, so muß der Preis der Aktien bei zunehmender Entwertung der Reichsmark ständig steigen. Allmählich haben die Kurse der heimischen Papiere neben den sogenannten Auslandsrenten eine ungeheuerliche Höhe erreicht. Während die wirtschaftliche Lage sich täglich trauriger gestaltete, wurden an der Börse Tag für Tag durch Spekulation und zunehmende Entwertung der Mark Riesengewinne erzielt und unheimliche Kurssteigerungen hervorgerufen. Diese unerfreulichen Zustände mußten verschwinden, sowie das Ausland Anlässe machte, Deutschland durch Gewährung einer internationalen Anleihe zu Hilfe zu kommen.

Der Anfang zu einer Besserung ist vorhanden, und im Interesse der Gesamtheit kann man nur wünschen, daß sie von Dauer ist und allmählich gefundene Zustände wiederkehren. Diese Entwicklung mag so den Börsenleuten nicht gefallen, für viele von ihnen mag sehr verlustreich sein, aber allemal steht jedoch das Wohl des deutschen Volkes. Deutschland wird und muß sich wieder erholen, sein Niedergang wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung jeglicher europäischen Kultur. Sein Wiederaufbau bürgt aber auch für die Zukunft Europas.

## Ein Zwischenfall im Hotel Adlon.

Tätlichkeiten zwischen Prinz Joachim Albrecht und Mitgliedern der französischen Mission.

Zu außerordentlich bedauerlichen Vorfällen, die nicht nur ein gerichtliches Nachspiel haben werden, sondern auch zu diplomatischen Verwicklungen führen können, kam es in der Nacht vom Sonntag zum Montag im Hotel Adlon in Berlin zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen und anderen deutschen Gästen einerseits und drei Mitgliedern der französischen Militärmission Kapitan Klein, Hauptmann Rougevin und Vorkommandant Danard, andererseits. Als gegen 10 Uhr die Kapelle im kleinen Saal neben dem Lichtlof „Deutschland, Deutschland, über alles“ spielte, erhoben sich die

deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz, der mit einem neben ihm sitzenden russischen früheren Staatsrat bereits einige Flaschen Wein gerumelt hatte, sprang erregt auf und rief den französischen Herren zu: „Aufstehen, sonst raus!“ Da dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warf der Prinz eine Blumenvase nach dem Mitteltisch, wo die Ausländer saßen. Andere Gäste folgten seinem Beispiel. Als der Prinz in maßloser Erregung mit einem schweren Kesselhälter auf seine Gegner, die sich kräftig verteidigten, einschlugen versuchte, umringten ihn die Kellner und drängten ihn hinaus. Den französischen Herren, die Zivil trugen, waren teilweise die Kleider zerrissen, auch hatten sie Beulen, Quetschungen und Schnittwunden davongetragen. Der Prinz soll übrigens schon vor einigen Tagen einen persönlichen Zusammenstoß mit dem Kapitän Klein gehabt haben. Der Vorfall wird jedenfalls auch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Der Prinz bestreitet jede Beteiligung.

Der peinliche Vorfall ist insofern noch nicht aufgeklärt, als noch nicht feststeht, wer den Anlaß zu der Prügelei zwischen den Franzosen und den Deutschen gegeben hat. Prinz Joachim Albrecht, der auf persönlichen Befehl des Reichswehrministers Roske als Oberkommandierender in den Marken in Schutzhaft genommen worden ist und sich unter Bewachung befindet, hat bei seiner verantwortlichen Verantwortung mit aller Entschiedenheit bestritten, daß er irgendwie an dem Zusammenstoß Schuld habe oder beteiligt sei, daß er mit irgendwelchen Gegenständen nach dem Tische der Franzosen geworfen, Rufe ausgestoßen habe oder dergleichen.

Der Besitzer des Hotels sowie die Angestellten behaupten jedoch in Übereinstimmung mit den französischen Gästen, daß der Vorfall auf das aufgeregte Verhalten des Prinzen zurückzuführen sei. Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß die französischen Gäste schon seit einigen Tagen einen Konflikt hätten kommen gesehen, daß sie aber, da das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ keine offizielle deutsche Hymne sei, keine Veranlassung gesehen hätten, der Aufforderung zum Aufstehen Folge zu leisten. Wäre das Lied offiziell als deutsche Nationalhymne festgesetzt, so hätten sie nicht unterlassen, die gebührende Achtung zu erweisen.

Der Prinz in Schutzhaft.

Auf persönliche Anordnung des Reichswehrministers Roske in seiner Eigenschaft als Oberkommandierender in den Marken ist der Prinz in Schutzhaft genommen worden. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit ist Sache der Polizei und des Gerichts.

Der Zwischenfall im Hotel Adlon in Berlin ist noch nicht völlig geklärt. Prinz Albrecht Joachim bestreitet, nach wie vor, an der Kadavere irgend- wie beteiligt zu sein. Nach den Aussagen des Grafen Wetternich sowie des Kellnerpersonals soll er jedoch der Haupturheber des Skandals gewesen sein. Inzwischen sind der Prinz und Kapitän Klein v. Plachen, der ebenfalls an der Affäre im Hotel Adlon beteiligt war, dem Untersuchungsgefängnis in Moabit zugeführt worden. — Ein bedauerlicher Zwischenfall trat am Montag nachmittag in Bremen ab. Von der zurzeit sich dort aufhaltenden Entente-Mission, bestehend aus Italienern, Engländern und Franzosen, sind zu Berhandlungen zwei höhere französische Offiziere in Militäruniform in die Kaserne. Beim Verreten des Hofes saßen die dort anwesenden Soldaten „Deutschland, Deutschland über alles“. Infolgedessen sammelte sich eine größere Menschenmenge an. Als die Offiziere aus dem Kasernengebäude zurückkamen, wurden sie von der Menge angehalten und mißhandelt. Die inzwischen alarmierte Sicherheitspolizei zerstreute die Menge und brachte die Offiziere in ihre Quartiere. Die Untersuchung über diese Vorfälle ist sofort eingeleitet. Welche Bedeutung die Entente-Mission diesem Vorfall beimisst, erhellt daraus, daß die Ententeoffiziere, ohne die Befehlsgewalt der Doas durchgeführt zu haben, von Bremen abgereist sind.

Eine Erklärung der Regierung.

In einer Erklärung der Regierung weist die Regierung auf verschiedene unliebsame Vorfälle mehr oder weniger ernster Art hin, die sich in letzter Zeit zwischen deutschen Zivil- und Militärpersonen einerseits und Mitgliedern der auf Grund des Friedensvertrages in Berlin tätigen interalliierten Überwachungs- und Untersuchungsausschüsse andererseits ereignet haben. Gleichzeitig macht sie darauf aufmerksam, daß, wie deutscherseits von den Mitgliedern dieser und ähnlicher Kommissionen ein korrektes Auftreten verlangt werde, in gleicher Weise auch von jedem einzelnen Deutschen ein angemessenes und würdiges Verhalten gegenüber den im Dienste ihrer Regierungen sich hier aufhaltenden Ausschussmitgliedern erwartet werden müsse. Die Folgen jeder Abweichung hiervon, möge eine solche sich in Worten oder in Taten äußern, fallen in letzter Linie auf das ganze deutsche Ansehen geschädigt, sondern auch die Verhandlungen mit den Ausschüssen beeinträchtigt und Anlaß zu Entschuldigungsverordnungen gegeben werde.

Montag vormittag sprachen der französische Geschäftsträger und der französische General-Koilet beim Reichsaussenminister Müller vor, um mit ihm den Zwischenfall im Hotel Adlon zu erörtern. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes hat sich ein höherer Beamter des auswärtigen Dienstes nach dem Besinnen des verletzten französischen Hauptmanns Klein erkundigt. Im übrigen wird an amtlicher Stelle der Vorfall als höchst bedauerlich hingestellt, besonders im gegenwärtigen Augenblick, wo zu hoffen ist, daß endlich das Verständnis der Gegner für unsere Lage wächst. Der Außenminister sprach dem französischen Geschäftsträger sein Bedauern über den Vorfall aus und sagte Verhaftung der Schuldigen zu.

## Die Kartoffelnot.

Anhaltender Rückgang der Anbaufläche und Ernteverminderung.

Neben dem Brotgetreide ist die Kartoffel an der Stelle berufen, die Ernährung unseres Volkes sicher zu stellen. Was Kartoffelmangel bedeutet, erfahren wir augenblicklich am eigenen Leibe. Bei der bevorstehenden Bestellung ist daher dem Anbau der Kartoffel erhöhte Bedeutung zuzuwenden, denn wir brauchen vor allem dieses Jahr, aber auch für die Zukunft Ernten, die uns vor Not und Entbehrung schützen.

Seit dem Jahre 1915 ist ein anhaltender Rückgang der Anbaufläche und der Ernteverminderung zu verzeichnen. Während die Kartoffelernte im Jahre 1915 auf einer Anbaufläche von 3,57 Millionen Hektar 53,9 Millionen Tonnen ergab, wurden bei der Kartoffelernte im Jahre 1919 auf einer Anbaufläche von 2,18 Millionen Hektar nur noch 21,4 Millionen Tonnen erzielt. Dieser außerordentliche Rückgang der Anbaufläche im Jahre 1919 ist naturgemäß zunächst auf den Verlust großer Gebietsanteile zurückzuführen bei Deutschland infolge des Friedensschlusses erlitt. Darüber hinaus aber hat ein Rückgang um 5,8 Prozent stattgefunden. Augenblicklich hat der deutsche Kartoffelbau einen Tiefstand erreicht, der in der jetzigen wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes dieses in ganz kurzer Zeit vor eine wirtschaftliche Katastrophe stellen muß, wenn nicht noch in zwölfster Stunde die breiten Massen der Bevölkerung die drohende Gefahr erkennen und darum bereit sind, der Landwirtschaft die erforderlichen Mittel zur Erreichung einer höheren Ernte zuzubilligen.

Der Rückgang des Kartoffelbaues im Jahre 1911 ist, wie die Kartoffelbau-Gesellschaft in einer Schrift über „Die Ursachen des Tiefstandes der Kartoffelerzeugung“ ausführt, zum großen Teil eine Auswirkung des Arbeitermangels. Der Verlust des Erfolges der 30-40 000 ausländischen Arbeitskräfte, die vor dem Kriege alljährlich ins Land kamen und aus denen der weitaus größte Teil der Hackfruchtwirtschaft zufließt, durch arbeitslose großstädtische und industrielle Arbeiter hat in der Praxis vollständig versagt. Die zur Landarbeit herangezogenen städtischen Arbeitskräfte waren meistens nicht nur völlig ungeeignet, sondern wurden, wie vielfach berichtet wird, sogar oft zu direkten Hemmnissen der landwirtschaftlichen Arbeit. Nicht unerwähnt darf auch bleiben, daß die Nachfrage nach Landarbeit seitens der Anbaufläche nur eine äußerst geringe gewesen ist. Der Mangel an Arbeitskräften, der sich sofort mit Beginn der Waffenstillstandes bemerkbar gemacht hat und sich seitdem andauernd verstärkt hat, hat naturgemäß viele Landwirte zur Einschränkung ihres Kartoffelbaues veranlaßt. Durch den Mangel an Arbeitskräften ist die letztjährige Kartoffelernte derart verlangsamt worden, daß im November 1919 ein großer Teil der Ernte auf den Feldern durch den Frost vernichtet worden ist. Nicht weniger als zehn Millionen Zentner Kartoffeln sind verloren gegangen, damit hätte der Jahresbedarf für Berlin gedeckt werden können.

Verkürzung der Arbeitszeit um 300 Jahresarbeitsstunden.

Zu dem Mangel an Arbeitskräften kommt ein zweiter erschwerender Umstand: Die Verkürzung der Arbeitszeit. Die verhängnisvollen Folgen, welche der vorzeitige Frost bei der Einbringung der Kartoffelernte zeitigt hat, würden weniger zutage getreten sein, wenn die Arbeitsmöglichkeit vorher in vollem Umfang ausgenutzt worden wäre. Bedenket man die gesamte Jahresarbeitszeit in der Landwirtschaft so ergaben sich vor dem Kriege 3200, für die augenblicklichen Verhältnisse hingegen nur 2900 Arbeitsstunden. Dies Weniger von 300 Arbeitsstunden im Jahr kommt einem Verlust von vollen vier Wochen im Sommer gleich, oder wenn man das ganze Sommerhalbjahr zu 150 Arbeitsstunden rechnet, so ergibt sich, daß im Sommer 1919 täglich zwei Stunden zu wenig in der Landwirtschaft gearbeitet worden sind.

Enorme Steigerung der Löhne und der Produktionskosten.

Zu dem Arbeitsmangel und der Verkürzung der Arbeitszeit kam schließlich die hohe Lohnsteigerung für die riesigen Heere von Arbeitskräften während

der Erntezeit. Ein weiteres scharfes Steigen ist aber noch zu erwarten. Vor allem ist aber die Verteuerung der Produktionsmittel schuld an der Verminderung der Produktion. Ungenügende Zufuhr an Düngemitteln hat ganz erheblich zu dem Rückgang der deutschen Kartoffelerzeugung beigetragen. Hohe Kartoffelernten sind nicht möglich, wenn der Boden nicht die genügenden Nährstoffe erhält. Die Anwendung der Düngemittel ist heute um das 6- bis 7fache gegenüber der Zeit vor dem Krieg: verteuert. Das ist ganz enorme Anforderungen an das Betriebskapital der Landwirtschaft.

Es wird die durch die Zwangswirtschaft erfolgende Verschärfung aller Produktionshemmnisse von Seiten der Landwirtschaft für den Zustand der deutschen Kartoffelerzeugung verantwortlich gemacht. Erst wenn die Möglichkeit des amtlichen Zeugnisses schwindet, ist nach Ansicht vieler Landwirte die Aussicht gesteigerter Kartoffelerzeugung gegeben. Die Freigabe der Zwangswirtschaft sei die Bedingung, ohne deren baldigste Erfüllung der deutsche Kartoffelbau rettungslos dem Untergang entgegengehe.

Nach Ansicht der jetzigen Regierung soll allerdings die Zwangswirtschaft der Kartoffel vorderhand noch beibehalten werden. Umso mehr wird sich aber die Regierung angelegen sein lassen müssen, durch andere Maßnahmen (Regelung der Arbeitszeit, Beschaffung von Arbeitskraft und Düngemitteln usw.) eine Behebung der Kartoffelnot herbeizuführen.

## Deutsche Nationalversammlung.

152. Sitzung; Dienstag, den 9. März 1920.

### Die Notlage des deutschen Zeitungsgewerbes.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen zunächst 18 kleine Anfragen, von denen die Anfrage des Abg. Hermann Pöfen (Dem.) über die Notlage des deutschen Zeitungsgewerbes besondere Beachtung verdient. Wie die Regierung dazu erklärt, ist diese Frage Gegenstand eingehender Beratung des Reichskabinetts gewesen. Es beschloß, zur Aufrechterhaltung der Presse zunächst für drei Monate monatlich 10 Millionen zur Verfügung zu stellen unter der Voraussetzung, daß sich die Länder bereit machen, sich an den Maßnahmen zur Vierung billigerer Preise usw. zu beteiligen. Bisher haben die meisten Länder Vorschläge abgelehnt. Die Reichsregierung ist bereit, auf die den Ländern zufallenden Maßnahmen Vorhänge zu zahlen. Eine Aufhebung oder Ermäßigung der Anzeigensteuer kann nicht in Frage kommen. Die in der Post aufzuwendenden Betriebskosten für Zeitungsbezüge werden einen Fehlbetrag auf. Die Gebühren sind seit 20 Jahren unverändert geblieben und die Zeitungen zahlen seit weniger als 1899. Die geplante Erhöhung wird gerade hinreichen, die Mehrerträge der Postverwaltung zu decken.

## Politische Rundschau.

— Berlin, 9. März 1920.

Die fünf deutschen Vertreter der Internationalen Kommission für Schlesien haben infolge des Flaggenverbot ihre gesamten Vertrauensämter niedergelegt.

Der Führer der Unabhängigen in Pommern, Tschawatsch, wurde auf Veranlassung des Militärkommissars für Pommern im Einvernehmen mit dem Zivilkommissar wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Ausübung zur Gewalt in Schutzhaft genommen.

Der frühere konservative Abgeordnete Heinrich von Falkenberg ist auf seinem Posten bei Müllrich, 74-jährig, gestorben. Er vertrat viele Jahre den Wahlkreis Müllrich-Trebitz.

In Oppeln ist in deutscher und polnischer Sprache die erste Nummer des neuen Amtsblattes „Journal officiel“ erschienen.

Der Kassationshof in Paris hat das Urteil gegen die Mitglieder der Familie Röding, das vor dem Kriegsgericht in Amiens gefällt wurde, aufgehoben und das Verfahren an das Kriegsgericht zurückverwiesen.

Graf Bernstorff hat die ihm vom demokratischen Wahlkreisverband Duisburg-Krefeld angebotene Kandidatur für die kommenden Reichstagswahlen angenommen.

**Die Kandidatur Hindenburgs.** Wie aus der Umkehrung des Generalfeldmarschalls verlautet, ist die Nachricht von seiner Geneigtheit, eine Wahl zum Reichspräsidenten anzunehmen, in der Form zu referieren, daß der Feldmarschall bereit sein würde, eine Dienstleistung zur Verfügung zu stellen, falls dies den Wünschen der weitesten vaterländischen Kreise entspricht. — Nach Ansicht der „Kölnischen Zeitung“ ist die Hoffnung, daß diese Kandidatur von allen politischen Parteien unterstützt werden würde, keine Aussicht auf Verwirklichung. Aus menschlichen Rücksichten sei die Kandidatur darum ein Unrecht und aus nationalen Gründen ein Fehler, der verhängnisvoll werden könnte. Um die Ehre der Nation Hindenburg würde ein Kampf entbrennen, der an eintönigem Fanatismus alles bisher Erlebte in den Schatten stellen würde. Der Umsturz der Reaktion würde die Folge, das bolschewistische Chaos oder dauernde Abhängigkeit vom Auslande das Ende sein. Will Hindenburg das? Da das niemand glauben könne, hält die „Kölnische Zeitung“ die Nachricht von Hindenburgs Kandidatur nur für einen seiner politischen Verjüngungsversuche, die wetterkundige Leute zu seligen lassen pflegen, wenn sie nicht sicher sind, wie der Wind geht.

**Die Zukunft Ostpreußens.** Im preussischen Ministerium des Innern finden zurzeit unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dirsch und unter Teilnahme sämtlicher preussischer Minister sowie der beteiligten Ressorts der Reichsregierung Besprechungen mit den Vertretern Ostpreußens statt, die unter Führung des Oberpräsidenten Winiß in Berlin eingetroffen sind. Unter den ostpreussischen Herren befinden sich u. a. die deutschen Bevollmächtigten für die Abstimmungskommission in Marienwerder und Allenstein, ferner der Oberpräsident von Ostpreußen, der Oberbürgermeister von Königsberg, verschiedene Abgeordnete, Stadtvertreter und Vertreter der Handelskammern von Königsberg und Allenstein. Da in den Verhandlungen ostpreussische Wünsche mannigfacher Art gründlich durchgesprochen werden müssen, ist ihre zeitliche Dauer noch nicht fest zu umgrenzen, zumal auch die Reichs- und Staatsregierung in internen Sitzungen zu den verhandelnden Gegenständen Stellung nehmen müssen.

Der Posten des Reichsfinanzministers. Zu der Kandidatur des badischen Finanzministers Dr. Wirth für den Posten des Reichsfinanzministers schreibt die „Badische Landeszeitung“, daß man zwar in Baden

die Arbeitskraft Dr. Wirths als Verwaltungsmann schätze, daß ihm aber die jetzigen Aufgaben des Reichsfinanzministeriums, die auf dem Gebiete der internationalen Gesamtpolitik zu erheben seien, so außerordentlich fern lägen, daß er nicht als geeigneter Persönlichkeit erscheinen könne. Seine Ernennung als Reichsfinanzminister — Dr. Wirth war bis zur Revolution Botschafter — werde nur die gegenwärtige unfruchtbare Geheimratswirtschaft auf dem Gebiete der internationalen Finanzmaßnahmen verlängern.

**Eigene Eisenbahndirektion für das Saargebiet.** Entgegen allen andern lautenden Nachrichten soll die eigene Eisenbahndirektion für das Saargebiet doch am 10. März eingerichtet werden, und zwar unter deutscher Leitung. Alle Beamten und Bedienstete, die für andere als die Saarstrecken bisher auf der Saarbrücker Eisenbahndirektion beschäftigt waren, müssen mit diesem Termin das Saargebiet verlassen. Wie mitgeteilt wird, soll ein Teil dieser Beamten nach Kreuznach kommen.

**Flaggenverbot in der zweiten Zone Schlesiens.** „Am die Abstimmungsfrist zu ermöglichen“, hat die Internationale Kommission für das nord-schleswigische Abstimmungsgebiet der Bevölkerung der zweiten Zone verboten, am Abstimmungstage zu flaggen und Fenster mit den Nationalfarben zu schmücken. Das Verbot hat große Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen. Auf den Straßen und Plätzen der Stadt Flensburg hatte sich am Sonntag eine große Volksmenge eingefunden, die angesichts der von den Dänen getragenen Dombrogs immer wieder deutsche Lieder anstimmte. Britische Schutzmannschaft griff zum Teil in sehr brutaler Form gegen die deutschen Spaziergänger ein und zwang sie, das Singen zu unterlassen. Es kam zu vereinzelten Prügeleien und zahlreichen Verhaftungen. Staatskommissar Dr. Köhler hat gegen das Flaggenverbot der Kommission offiziellen Protest eingelegt. Es scheint, daß der Kampf sich in der nächsten Woche erheblich verschärfen wird, und zwar einzig und allein durch die Schuld der Dänen und infolge der parteiischen Art, in der die Kommission allen dänischen Wünschen folgt.

**Der Religionsunterricht in Sachsen.** Im Juli vor. J. haben die vereinigten Sozialisten der sächsischen Volkstammer eine Verordnung durchgesetzt, wodurch der Religionsunterricht in Sachsen aus den Volksschulen beseitigt wurde. Um nun das sächsische Übergangsgesetz mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen, hat die sächsische Regierung eine Gesetzesvorlage eingebracht, wodurch dieser Paragraph aufgehoben werden sollte. Die Reichssozialdemokraten, die anfangs der Vorlage günstig gestimmt zu sein schienen, haben nunmehr durch Fraktionsbeschluss sich dahin festgelegt, die Vorlage auf Zulassung des Religionsunterrichtes abzulehnen. Sie haben die Regierung ersucht, die Vorlage zurückzuziehen da sie sonst gegen sie stimmen würden, wodurch sie ohne weiteres, da die beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Mehrheit haben, zu Fall kommen müßte.

## Rundschau im Auslande.

Der Kaiser von Japan hat das Parlament wegen eines Widerstandes gegen den von der Regierung eingebrachten Gesetzesvorschlag zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts aufgelöst.

Das schwedische Kabinett ist zurückgetreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein sozialistisches Kabinett mit Branting an der Spitze ausruhen könnte.

**Rumänien: Volkswirtschaft über die Rumänen.**

Die Stockholmer Zeitung „Aftonbladet“ meldet, daß nach einem Telegramm aus Reval bolschewistische Streitkräfte in Stärke von 150.000 Mann den Dnepr an mehreren Punkten überschritten hätten. Sie würden bald in Besarabien einrücken. Die rumänischen Truppen seien geschlagen. In Rumänien hätte man die Lage für kritisch gehalten.

**Italien: Italien vor der Revolution?**

Die innere Lage Italiens ist als sehr gespannt zu bezeichnen. Die Regierung trifft energische Maßnahmen gegen eine zu erwartende Revolution. Süditalienische Truppen wurden als besondere Regierungsgarde gebildet und über das ganze Land verteilt. Man hofft, mit ihrer Hilfe und zusammen mit den Carabinieri noch einmal eines kommunistischen Aufstandes oder Generalstreiks Herr zu werden. Angehörige der Ententestaaten, die sich in Italien aufhalten, sind verständigt worden, daß es für sie ratsam sei, abzureisen, da die Regierung keinerlei Haftung für ihr Leben und ihre Sicherheit übernehmen könne.

**Frankreich: Die Festsetzung der Kriegsschadigung.**

Die Wiedergutmachungskommission, die am letzten Freitag in Paris zusammengetreten ist, hat sich in ihrer Mehrheit für die Formulierung der Ansprüche der Alliierten unter Inanspruchnahme der Währungsverhältnisse vom November 1918 ausgesprochen. Deutschland erhält eine Frist für die Zahlung der Entschädigungen, und diese Entschädigungen werden die Unterlage für eine allgemeine, von den Alliierten aufzunehmende Anleihe bilden zur Deckung des Kapitalbedarfes, besonders für den Wiederaufbau der verheerten Gebiete. Deutschland wird wahrscheinlich das Recht erhalten, Anleihen abzuschließen und Vorräte, Rohmaterial und Rohmaterialien erhalten, damit es seine Wirtschaft wieder aufnehmen kann.

## lokales und Provinzielles.

§ Geisenheim, 11. März. Morgen Freitag Nachmittag 6 Uhr findet auf hiesigem Rathaus eine Stadtverordneten-Sitzung mit folgender Tagesordnung statt.

1. Bewilligung eines Kredits zur Beschaffung einer neuen Fuhrwerkswage.
2. Tarifverhandlungen mit dem Deutschen Landarbeiter-Verband betr. Erhöhung des Lohnes der Gemeindearbeiter.
3. Bewilligung eines Beitrages zu den Verwaltungskosten des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe.
4. Besuch der städtischen Beamten um:
  - a) Bewilligung der den Staatsbeamten gewährten 150% Teuerungszulage,
  - b) um grundsätzliche Gleichstellung mit den Staatsbeamten bei demnächst zu beschließender Neuordnung der Dienstbezüge.
5. Erhebung eines weiteren Zuschlages zur Einkommensteuer.

6. Zuschuß zur Unterhaltung der gewerblichen Fortbildungsschule für das Rechnungsjahr 1920.

§ Geisenheim, 11. März. Der gestrige Künstler-Abend im „Deutschen Hause“, der auf Veranlassung der „Bürgergesellschaft“ stattfand, erfreute sich dieses Mal eines besseren Besuches, wenn auch noch viele fehlten, die derartige gute künstlerische Darbietungen besuchen sollten. Außer den durch die letzte Veranstaltung hier in so gutem Andenken stehenden Künstlern, Fräulein Martha Bommer, Schauspieler Bernhöft und Kammermusiker Hennig, war Herr Kammermusiker Max Pascha, ein ganz hervorragender Violinvirtuose, gewonnen worden. Durch ihn wurde der Reigen der Vorträge eröffnet. Der jugendliche Künstler beherrschte ganz wunderbar sein schönes Instrument. Sein Strich und hingebendes Spiel zwang in wenigen Augenblicken die lautlos zuhörenden Besucher in seinen Bann. Immer wieder rief ihn nach Beendigung jeder Vortragsnummer der Beifall der Zuhörer vor die Rampe. Fräulein Martha Bommer die beliebte und gefeierte Sängerin des Nassauischen Landestheaters feierte ebenfalls ihre Triumphe. Mit ihrer glücklichen Stimme und ihrem lebhaften Temperament, das besonders in der Arie der Frau Kluth so recht zum Ausdruck kam, hatte sie bald alle Herzen gewonnen. Für den heiteren Teil des Abends sorgte Herr Schauspieler Bernhöft der bekannte Humorist des Nassauischen Landestheaters, der zugleich als Ansager auftrat. Seine kleinen Geschichten und Rezitationen, besonders aber seine Parodien, stellten starke Anforderungen an die Lachmuskeln der Zuhörer. Nicht zuletzt sei des Herrn Kammermusikers Hans Hennig gedacht, der für alle Nummern die Begleitung auf dem Klavier übernommen hatte, aber auch solistisch die 14. Klaviersonate von Liszt in meisterhafter Technik und wunderbarer Auffassung zum Vortrag brachte. Im Ganzen war der Abend für alle Besucher ein Genuß. Wir hoffen, daß wir noch öfters Gelegenheit haben ähnliche Kunstabende hier zu erleben.

§ Vom Mittelrhein, 8. März. Der Wasserstand des Rheines ist abgesehen von einigen kleinen Schwankungen in den letzten 8 Tagen fast immer in gleicher Höhe geblieben, was für die Schifffahrt sehr günstig war. Jedoch war der Schiffsverkehr, mit Ausnahme von 2 Tagen, nicht sehr reger. Die Schuld hierfür dürfte einerseits an dem Streik der Transportarbeiter in Holland und andererseits auch an dem Mangel an Lagerraum in den Ruhrhäfen liegen. Das neblige Wetter hat auch sehr auf die Schifffahrt gewirkt. Die Rähne bergwärts waren mit Bricketts, Kohlen und Koks beladen und die talwärts mit geschnittenem Holz und Zement. Die Flößschifffahrt hat ziemlich spät in diesem Jahre, am Mittwoch begonnen. Es kamen hier 3 Flöße zu Tal, deren Holz nach Holland bestimmt war.

§ Mittelheim, 8. März. Die heute im Lokale von Ruchmann in großer Anzahl erschienenen Angestellten der Industrie und des Handels im Rheingau sind der Ansicht, daß die durch den Spruch des Schlichtungsausschusses festgelegten Gehaltsätze viel zu niedrig sind und längst nicht geeignet, die große Notlage der Angestellten zu beheben. Da sie im Interesse des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens diesmal ein letztes Opfer bringen wollen, nehmen sie den Schlichtungsspruch unter Protest an.

§ Lorch, 9. März. Der Liefste Mollingsberg ist noch immer am Wandern. Gemaltige Felsblöcke von 600 Ztr. Schwere stürzten in die Tiefe und verschütteten ganze Häuserreihen. Wertvolle Weinberge und Gärten sind von der Oberfläche verschwunden. Der Berg spaltet sich täglich mehr und der völlige Zusammenbruch ist nur eine Frage weniger Wochen. Durch den gewaltigen Druck, den das gewaltige Bergmassiv ausgeübt, sind die Gebäude, die außer der Gefahrzone stehen, aus ihrer Grundstellung verschoben worden, so daß diese nicht mehr genau da stehen, wo sie gestanden haben. Die Wanderung des Berges ist noch nicht beendet. Wohin er wandelt, kann noch niemand sagen. Man nimmt allgemein an, daß die Häuserbauten, die am Fuße des Berges gebaut worden, den Felsmassen den Halt genommen haben. Insgesamt wurden bis jetzt 20 Familien mit rund 100 Personen obdachlos. Der Schaden beläuft sich bis jetzt schon auf 400.000 M.

§ Erbach, 10. März. In der Gemeinderatsitzung wurde beschlossen, für jede ortsgemeinliche Familie 4 Raummeter Holz zur Verfügung zu stellen. Der Preis wurde noch nicht festgesetzt, doch soll er sehr mäßig bemessen werden. Die Kriegerverwundeten und Kriegsinvaliden, die einen eigenen Haushalt führen, erhalten das Holz zum Selbstkostenpreis, Alles andere Holz gelangt zur Versteigerung.

§ Vom Rhein, 9. März. Der Bund westdeutscher Weinhandler Vereine hielt seine Jahresversammlung ab, die von Vertretern aus allen Teilen Westdeutschlands besucht war. Ein Vorstandsmitglied berichtete über die Lage des Weinhandels und verlas eine Anfrage des Landespolizeiamts beim Staatskommissar für Volksernährung das die Absicht hat, den Preiswucher im Weinhandel energisch zu Leibe zu gehen. Während des Krieges wurde der Wein als Gegenstand des täglichen Bedarfs erklärt und alle Weinhandlungen haben sich den Bestimmungen unterworfen. Anders die Winger, die die Preise in die Höhe geschraubt hätten. Für die Ernte 1920 wurde verlangt Höchstpreise festzusetzen und die vollständige Aufhebung der Versteigerungen zu verlangen. Auch die Tätigkeit der Weinkommissionäre müsse neu geregelt werden.

§ Wiesbaden, 8. März. In dem laufenden städtischen Etat ist ein Fehlbetrag von 85 Millionen Mark zu decken. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, zu der erhobenen Einkommensteuerquote von 237,5 Prozent einen Zuschlag von 135 Prozent zu erheben; der Gesamtzuschlag beträgt demnach 472,5 Prozent.

§ Bingen, 9. März. Zu den vielen Kirchenschändungen gefellte sich auch eine in der einsam gelegenen Kirche unseres Nachbarortes Rempten. Die Diebe erbrachen den Tabernakel und stahlen den Kelch mit den hl. Hostien. Man hat alsbald einen Polizeibund auf die Spur losgelassen, doch konnten die Täter bis jetzt noch nicht dingfest gemacht werden. In der nämlichen Kirche wurde erst vor kurzem ein Opferstock erbrochen und seines Inhaltes beraubt.

§ St. Goar, 10. März. Hier fand die erste Sitzung des neugewählten Kreistages unter dem Vorherrsche des Landrates statt. Es wurde beschlossen, den Unterschiedsbetrag

zwischen der vom Reiche festgesetzten Vergütung und dem von dem Viehaufringungsamt geschätzten Wert auf den Kreis zu übernehmen. Da der Kreis 66 Stück Vieh ausbringen muß, beläuft sich die Unterschiedssumme auf 187 640 Mark. Bei der Abgabe der Pferde soll darauf gesehen werden, daß den Leuten, die nur ein Pferd haben, diesen es belassen bleibt.

**Saargebiet nicht Saarstaat.** In der Presse und auch sonst wird zuweilen das Saargebiet mit dem Ausdruck "Saarstaat" bezeichnet. Dieser Ausdruck beruht auf der irrthümlichen Anschauung, daß das Saargebiet ein selbständiges, von Deutschland abgetrenntes Staatswesen sei. Deutschland hat nach Artikel 49 des Friedensvertrags zwar zeitweilig auf die Regierung dieses Gebiets verzichtet, nicht aber auf seine Souveränität, über die erst nach 15 Jahren auf Grund einer Volksabstimmung entschieden werden soll. Die Regierung des Gebiets ist dem Völkerverbund zu treuen Händen übertragen; dieser übt also nicht eigene, sondern deutsche Hoheitsrechte aus. Ferner sind die Bewohner des Saargebiets nach wie vor deutsche Staatsangehörige; eine besondere saarländische Staatsangehörigkeit besteht nicht. Weiter bleiben das Reich, Preußen und Bayern Eigentümer ihres Vermögens im Saargebiet, an dem der durch den Völkerverbund vertretene Regierungsausschuß nur die Nutznießung hat; eine Ausnahme bilden die Kohlengruben, die ins Eigentum des französischen Staates übergegangen sind. Diese kurzen Hinweise lassen zur Genüge erkennen, daß der Ausdruck Saarstaat keine Berechtigung hat. Im Friedensvertrag ist denn auch dieser Ausdruck nirgends gebraucht, vielmehr wird in zutreffender Weise immer vom Saarbeckengebiet gesprochen. Es muß mit allem Ausdruck darauf hingewirkt werden, daß der Gebrauch des Ausdrucks Saarstaat nicht weiter Fuß faßt, sondern daß an seiner Stelle der mit den staatsrechtlichen Verhältnissen im Einklang stehende und sprachlich ebenso bequeme Ausdruck Saargebiet verwendet wird.

### Aus Stadt und Land.

**Generalmajor Graf Traugott Pfeil ermordet.** In der Nähe von Goldentraum im Quehsthal wurde Generalmajor Graf Traugott Pfeil mit zwei Kopfschüssen tot aufgefunden. Graf Pfeil war auf der Jagd, und man vermutet einen Mord. Der Staatsanwalt hat die Untersuchung eingeleitet. Der sächsische Generalmajor Graf Traugott Friedrich Anton Pfeil, geb. 1860 in Neuroda, gehört der zweiten (Nieder-Riesdorfer) Linie der gräflichen Familie Pfeil und Klein-Glauch an. Er ist ein Bruder des Afrikaforschers Graf Joachim Friedrich Pfeil und hat sich als Führer der bekannten Kavallerie-Brigade Pfeil bei den Kämpfen von Tannenberg, Wilna, Kowno, Warschau ausgezeichnet. Bezüglich des Nordberdachte für den keine weiteren Anhaltspunkte bekannt sind, müssen weitere Nachrichten abgewartet werden.

**Ueberhandnehmen der Diebstähle.** Die vielen Störungen im Fernsprechverkehr sind auf die immer mehr überhandnehmenden Diebstähle an Leitungsdraht zurückzuführen. Im Laufe der letzten vier Wochen waren allein im Postbezirk Berlin mehr als 100 Drahtdiebstähle zu verzeichnen, so daß an manchen Tagen sämtliche Leitungen nach München, Stettin und Danzig fehlerhaft waren. Es handelt sich anscheinend um wohlorganisierte, zum Teil schwer bewaffnete Banden, deren Aufhebung außerordentlich schwierig und arbeitsreich ist.

**Anausgeklärte Grabhändlungen.** Der Mauthauseneinbruch im Charlottenburger Schlosspark scheint nach den letzten Feststellungen der Kriminalpolizei das Werk einer Bande von Grabhändlern zu sein, die über in Charlottenburg im Zeitraum von ungefähr drei Monaten noch an vier anderen Stellen in ähnlicher roher Weise gehandelt haben. Der erste dieser Einbrüche ist bereits in der Nacht zum 20. Dezember vor. Jz. verübt worden. Die Grabhändler sind in dieser Nacht in die Gruft der Peter-Pauls-Kirche in Nikolsko e im Potsdamer Forst eingedrungen, und war auf genau dieselbe Weise wie in Charlottenburg. In der Gruft stehen fünf Särge. Der alleinlebende Sarg, der die Leiche der Prinzessin Luise in Preußen, der Schwester des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, enthält, wurde durch einen Einbruch in die Gruft der Peter-Pauls-Kirche in Charlottenburg an der Schwedt an der Oder gewaltsam erbrochen. Sie hoben dort die schweren Granitplatten von den Särgen des Markgrafen Friedrich Wilhelm und dessen Gemahlin ab, zertrümmerten auch den eigentlichen Sarg und durchwühlten ihn nach Schmucksachen. Auch von zwei Kinderjahren, denen der Sohn des Markgrafen, hoben sie die Sargdeckel ab. In der Nacht vom 10. zum 11. Januar hauste die Bande auf dem Gut Jahnsfelde bei Jantoch an der Ostbahn. Sie drang dort in die Familiengruft der Baronesse von Carnap ein, schnitt die Särge deren Eltern auf und zog den Leichen die Trauringe und einen Siegelring von den Fingern. Hierzu kommt noch der bereits gemeldete Einbruch in das herzogliche Museum in Dessau, wo die Grabhändler die Särge des Herzogs Friedrichs I., der Herzogin Antoinette, des Herzogs Eduard und des Herzogs Leopold von Anhalt erbrachen. Ohne Zweifel sind alle diese Einbrüche auf eine organisierte Bande gewerdmäßiger Grabhändler zurückzuführen.

**Millionenschwindel im deutschen Musikalienhandel.** Dieser Tage ist man einem großen Millionenschwindel im deutschen Musikalienhandel auf die Spur gekommen. Bei einem Berliner Musikverleger sind die Klavierausgaben einer Anzahl moderner Operetten-Schlager erschienen, die im Publikum lebhaft gefaßt zu werden pflegen. Seit einem Vierteljahr bemerkte der Verleger einen auffälligen Rückgang seiner Absätze. Es wurde nun nach dem Grund dieser unerklärlichen Erscheinung geforscht, worauf sich nun herausstellte, daß eine Schwindlerbande, die aus achtzehn Personen bestand, ohne jedes Recht die marktüblichen Musikalien in täuschenden Nachahmungen hatte drucken lassen und auf den Markt gebracht hatte. Davon wurden nicht nur der Verleger, sondern fast alle größeren Musikverleger betroffen, die auf diese Weise um Millionenbeträge geschädigt worden sind. Die Angelegenheit beschäftigt nunmehr die Gerichte.

**Gefährliche Verhütung.** Aus Cuxhaven wird gemeldet: Der bei Vogelung auf Grund geratene amerikanische Dampfer „Cost Capa“ ist mit Hilfe von fünf

Schleppern angeschleppt worden und hat seine weite Fahrt nach Hamburg fortgesetzt. Bei den Bergungsarbeiten stießen die beiden Schlepper „Roland“ und „Herkules“ zusammen. „Herkules“ ist gesunken. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

**Judenfeindliche Kundgebungen in München.** Am Sonntag kam es vor dem Ministerium des Innern zu großen judenfeindlichen Kundgebungen, die sich in erster Linie gegen den Besuch der Ostjuden und den als judenfreundlich beschriebenen mehrheitssozialistischen Minister des Innern Endres richteten. Als die Menge gegen das Ministerium drängte, eilten Mannschaften der Polizeiwache herbei, die auch unter großem Enttäuschungsgeräusch Maschinengewehre aufstellten. Beim Minister war mittlerweile eine Abordnung erschienen mit der Forderung: 1. Ausweisung der Ostjuden. 2. Ausweisung aller vom August 1918 zugewandenen Ausländer, vorbehaltlich weiterer Verschärfung; ferner: Wenn es sich als wahr erweise, daß Juden Einkäufe bei Schweinefleischhändlern gemacht hätten, dann Entziehung aller rituellen Mehl- und Zuckerzulagen und deren Zuweisung an Krankenhäuser. Der Minister versprach, die Forderungen am Montag im Ministerrat vorzulegen und für deren Durchführung zu sorgen. Diesen Erfolg verkündete die Ueberwindung von der Feldherrnhalle aus, und es gelang im letzten Augenblick, die 24 von Reichswehr und Polizeiwache nur noch mit Mühe im Schach gehaltene Menge so weit zu beschwichtigen, daß der Platz gutwillig geräumt wurde.

**Die Getreideschau in Todesnot.** In Friesen bei Bamberg hat ein rabiatier Bauer zwei zur Getreideschau gekommene Schutzleute in eine Scheune eingeschloßert und diese angezündet. Die durch den Brandausbruch herangezogene Wächterschaft besetzte die Scheune mit Hilfe Schreitenden im letzten Augenblick aus höchster Todesnot.

**Verhaftete Posträuber.** Die Posträuber, die auf der Eisenbahnstrecke Hof-Eger den Postamtsdiener Johann Schwabach erschossen, sind in Franzensbad verhaftet worden, und zwar der 24jährige Eisenbahnarbeiter Emil Waldmann und der 30jährige Wagenführer Alban Bergmann. Der Postbeutel mit 446 000 Kronen, auf den es die Räuber abgesehen hatten, wurde noch im Postwagen gefunden. Der erschossene Beamte lag über den Wertstücken, als in Franzensbad der Postwagen geöffnet wurde.

**Eine Gedächtnisfeier für Wolfram von Eschenbach.** Das sächsische Kultusministerium hat angeordnet, daß in den oberen Klassen der höheren Schulen im Laufe des Jahres die 700. Wiederkehr des Sterbetages Wolframs von Eschenbach durch eine öffentliche Feier begangen werde.

**Keine Ehrenzulage für das Eisenerz Kreuz 1. Klasse.** Die Inhaber des Eisenerz Kreuzes 1. Klasse aus dem Feldzuge von 1870/71 erhalten vom Feldwebel abwärts nach dem Reichsgesetz vom 2. Juni 1878 eine Ehrenzulage von monatlich drei Mark. Nach dem bei der Stiftung des Eisenerz Kreuzes im letzten Kriege ergangenen Bestimmungen war die Gewährung einer Ehrenzulage auch für die Inhaber des Eisenerz Kreuzes 1. Kl. des Mannschaftsstandes aus diesem Feldzuge in Aussicht genommen. Auf eine Anfrage, ob auf die Gewährung einer solchen Ehrenzulage zu rechnen ist, hat das Reichswehrministerium den folgenden Bescheid erteilt: So erwünscht die Gewährung einer Ehrenzulage an die Inhaber des Eisenerz Kreuzes 1. Kl. auch wäre, so muß jedoch bei der Geldlage des Reiches von weiteren Maßnahmen in dieser Frage abgesehen werden.

**Juwelen für über zwei Millionen Mark gestohlen.** Ein großer Raub von Schmuckgegenständen im Werte von über zwei Millionen Mark ist der Berliner Kriminalpolizei erst mehrere Tage nach der Verübung gemeldet worden. Am Mittwoch ist in einer Pension im Berliner Westen ein Mädlertöfcher, der Juwelen entlehnt, gestohlen worden. In ihm lag unter einer Anzahl von Herrenschmuckstücken ein kleiner Musterkoffer mit Metallbeschlag. Dieser gut verschlossene Koffer enthielt eine schwarze Altentafel. In dieser Tafel befanden sich die geraubten Wertgegenstände. Es handelt sich um 46 neue goldene Herrenuhren, 90 Armbanduhrketten, 9 Halsketten, 5 Platinhalsbänder, 19 goldene Damenringe, 9 Kravattennadeln, 1 Armband, 2 Halsketten. Alle Schmuckgegenstände sind in Platin gefaßt und mit Perlen, Brillanten und farbigen Edelsteinen besetzt. Außer diesen neuen Schmuckgegenständen lagen in dem Musterkoffer noch zahlreiche unfertige Gegenstände. Alle diese Schmuckgegenstände haben einen Wert von über 2 Millionen Mark. Auf Herbeischaffung aller Verfsachen ist eine Belohnung von 25 000 Mark ausgesetzt worden.

**Schwerer Explosionsunglück in Oberbayern.** In der Pulverfabrik Franz Winterholler in Stefanskirchen bei Rosenheim in Oberbayern hat sich am Montag nachmittag beim Munitionslagerlegen eine schwere Explosion ereignet. Zwei Arbeiter wurden getötet, acht schwer verletzt. Vor zwei Jahren hat eine Explosion in derselben Fabrik zehn Tote und zahlreiche Schwerverwundete gekostet.

**Unbruch aus dem Gefängnis.** Mit vielen anderen Eisenbahndieben, die gemeinsam für mehr als eine Million Reichsmark gestohlen haben, wurde in Leipzig auch ein aus Stanislaw in Galizien gebürtiger Kaufmann Max Meyer Wählberg verhaftet. Er teilte die Zelle mit drei anderen Untersuchungsgefangenen. Den Gefangenen gelang es, eine Zelle in die Zelle einzuschmuggeln. Sie stellten mit ihr einen Eisenstiel vor dem Fenster durch, kletterten dann an Bettlaken auf das Dach eines niedrigeren Gebäudes hinunter gelangten über mehrere Dächer hinweg auf die Straße und entkamen.

**Das Ende der Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde.** Die im Friedensvertrag gestellte Forderung, daß sämtliche militärischen Bildungsanstalten Deutschlands aufgelöst werden müssen, hat auch der Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde ein Ende bereitet. Die Schlussfeier am Dienstag gestaltete sich zu einer großen militärischen Kundgebung. Es war eine große Anzahl ehemaliger Jüglinge der Anstalt in Galauniform erschienen. u. a. General Lubendorff. Dem letzteren war eine Ehrenkompagnie mit den Fahnen des Kadettenkorps gestellt worden. Auf der Kuppel der Anstaltskirche schallte neben der schwarz-weiß-roten eine schwarze Trauerfanfare. Die Feier begann mit einem Festgottesdienst, daran schloß sich ein Appell, der vor dem berühmten historischen Hensburger Böwen auf dem Kasernenhof von Oberst v. Bardeleben, dem

letzten Kommandeur des Kadettenkorps, abgehalten wurde. Die Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde hat 203 Jahre bestanden. Aus ihr sind die meisten Offiziere der deutschen Armee hervorgegangen. Bei früheren Hoffestlichkeiten wurden der ehemaligen kaiserlichen Familie von dort die adligen Jüglinge als Pagen überwiesen. Die geräumigen Gebäude des Kasernenkomplexes sollen in eine zivile staatliche Bildungsanstalt umgewandelt werden und werden am nächsten Mittwoch dem Kultusministerium übergeben. Für den 12. März hat sich eine Entente-Kommission angemeldet, die die Durchführung der geforderten Maßnahmen nachprüfen soll.

**Revolverkampf mit einem Einbrecher.** Am Dienstag früh zwei Kriminalbeamte zur Aufklärung eines Diebstahls in ein Haus zu Rast bei Rbin einbrachen, trafen sie dort den berüchtigten, vielfach vorbestraften Einbrecher Gerhard Hlod an. Der erst kürzlich, als er in Rippes verhaftet werden sollte, sich durch einen Schuß auf den ihn verfolgenden Beamten der Verhaftung entziehen konnte. Sobald der Verbrecher die Beamten sah, gab er mehrere Schüsse auf sie ab, wodurch ein Wachtmeister verletzt wurde. Der Revolverkampf zog die Beamten in seinen Revolver und erschlug den Verbrecher.

**Großes Explosionsunglück in Dentsch.** Dienstag morgen im Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk ein großer Heizkessel von zirka 1000 Quadratmetern Heizfläche in die Luft und begrub unter seinen Trümmern annähernd 90 Arbeiter. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf mindestens 50 geschätzt. Da weitere Explosionen befürchtet wurden, mußten alle anwesenden Personen die Unfallstelle verlassen. Ueber die Entleerung der Explosion läßt sich zurzeit noch nichts Bestimmtes mitteilen.

**Abfahrt des letzten Kriegsgefangenen aus Japan.** Die Dienststelle der Admiralität teilt mit: Nach einer telegraphischen Mitteilung aus Tokio hat der vierte Dampfer, der „Gutson Maru“, mit deutschen Kriegsgefangenen aus Japan am 27. Januar Abreise genommen. An Bord befanden sich zwölf Offiziere, vierzehn Portepeunteroffiziere, 582 Unteroffiziere und Mannschaften. Dieser Transport ist der letzte der aus Japan zurückkehrenden Kriegsgefangenen. Der Dampfer ist am 1. Februar in Shanghai angekommen. Die Ausfahrten in Niederbayern. Durch das energische Eingreifen der Regierungskommission ist die durch die Schieberrevolte gestörte Ruhe in Stroubing wiederhergestellt. Die Arbeit ruht. Sie soll aber nach Beerdigung der Opfer wieder aufgenommen werden. Reichswehrartillerie und berittene Truppen halten die Stadt besetzt. Die Opfer sollen nicht durch Schüsse der Reichswehrtruppe, sondern durch Geschosse aus den Reihen der Demonstranten getroffen worden sein.

**Mädchenmord im Norden Berlins.** Donnerstag nachmittag wurde die Berliner Nordkommission nach einem Fabrikgrundstück in der Chausseestraße gerufen, wo spielende Kinder die Leiche eines hinter einem Bretterstapel verstorbenen jungen Mädchens gefunden hatten. Die Ermordete wurde als die 21 Jahre alte Arbeiterin Frieda Heltweg festgestellt. Der Mörder, als den man den Fahrstuhlführer Franz Pletz ermittelte, ist flüchtig.

**Rückkehr des Verkehrs.** Auf dem Magdeburger Hauptbahnhof hat die Eröffnung des Jahresfestes einschränkend auf den Verkehr gewirkt. Für Mittwoch ist gegenüber dem entsprechenden Tage der Vorwoche ein Rückgang um 20 Prozent der sonstigen Karten festgestellt.

**Goldfund in Neuh.** Auf dem Wäzelschen Granitwerk in Wurzbach bei Gera wurde eine Arsenkieselader angeschlagen, welche auf eine Tonne Erz 32 Gramm Silber und zwei Gramm Gold ergab. Die Untersuchung dieses ersten Goldfundes im Freistaat Neuh wird fortgesetzt.

### Keine Nachrichten.

Die Trauung des Staatsfreitags a. B. v. Kühmann mit der Tochter des verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Fritz von Friedlaender-Jud fand dieser Tage in der Kirche der Herrschaft Vante bei Berlin statt.

Die Lehrer an den Dresdener Fach- und Innungsschulen sind wegen Nichtbewilligung ihrer Forderung auf Gehaltserhöhung in den Ausstand getreten.

In Budapest wurden zwei Fälle von schwarzer Pest festgestellt. Alle Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Krankheit wurden getroffen.

In einer Berliner Verfassungskommission sind 5000 Besondereinstellkarten aller Art gestohlen worden.

In Votsdam wurde ein fahnenflüchtiger Soldat, als er trotz mehrmaligen Anrufs nicht Rechenlieb, sondern zu entfliehen suchte, von einem Wachtposten niedergeschossen.

Der holländische Landarbeitertarif ist nach längeren Verhandlungen jetzt abgeschlossen worden. Einige Härten streifen noch.

In der Garnisonkirche in Döberitz haben Diebe außer einer Reihe weniger wertvoller Gegenstände, einen Teil der aus Zinn bestehenden Orgel Pfeifen geraubt.

### Volkswirtschaftliches.

Die Mark steigt! Die Besserung, die unsere Mark im Auslande auf die Ankündigung der internationalen Anleihe hin erfahren hat, spiegelt sich am besten in den stark rückgängigen Preisen, die an der Berliner Börse für fremde Geldsorten und Banknoten bezahlt werden, wider. Es notierten:

	5. März	6. März	8. März	Parität
Amerikan.	98,00	93,10	89,10	4,25
Englische	350,50	340,50	328,50	20,00
Französische	705,75	685,75	658,75	80,00
Holländische	3669,00	3444,00	3338,50	167,00
Schweizer	1641,75	1566,50	1526,50	80,00

Am Dienstag, den 9. März, gingen die Devisen weiter sehr stark zurück, z. B. Holland auf 3147.

Verwertung von Eichen- und Fichtenrinde zur Gewinnung von Gerbstoffen. Um der schwer bedrängten Lederindustrie durch Erzeugung pflanzlicher Gerbstoffe im Inlande zu helfen, hat der preussische Landwirtschaftsminister die Regierungen beauftragt, auch in diesem Jahr der Eichen- und Fichtenrinde Gewinnung ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Verkauf bleibt den Regierungen überlassen, wobei besonders darauf Bedacht genommen werden soll, daß die Rinde ausschließlich den eintausenden Werbern oder Extraktfabriken zugeführt wird, das für die Extraktgewinnung geeignete Eichenholz soll möglichst nicht als Brennholz verbraucht, sondern, gesonnt aufgearbeitet zu der Marktlage entsprechenden Preisen (zurzeit etwa 180-200 R. je Raummeter) freihändig an die Extraktfabriken veräußert werden.

## Bekanntmachung.

Samstag, den 13. ds. Mts. kommt in den hiesigen Metzgereien

### gesalzenes Schweinefleisch

zum Verkauf. Es entfallen auf die Person 150 Gramm zum Preise von Mk. 8.25 das Pfund.

Bei Empfangnahme sind die Fleischkarten vorzulegen und werden die Abschnitte der Woche vom 8.—14. März abgetrennt. Kinder erhalten die Hälfte.

Geisenheim, den 11. März 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung

Samstag, den 13. ds. Mts. werden im Wirtschaftsamt die

### Milchkarten

ausgegeben und zwar in folgender Reihenfolge:

Familien mit den Namen A—E von 8—9 Uhr vorm.

" " " " F—K " 9—10 " "

" " " " L—Q " 10—11 " "

" " " " R—S " 11—12 " "

Den die Milchkarten abholenden Personen müssen die Geburtsdaten der milchberechtigten Kinder genau bekannt sein.

Den Bezieher von Krankenmilch können nur gegen Vorlage der Benachrichtigung der ärztlichen Prüfungsstelle die Milchkarten erneuert werden.

Geisenheim, den 10. März 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Die Besitzer und Pächter von Grundstücken werden auf Grund des § 5 der Feld-Polizei-Verordnung vom 10. April 1899 aufgefordert, bis zum 10. April 1920, die in hiesiger Feldgemartung befindlichen Feldwege in einem fahrbaren Zustand zu versehen. Insbesondere sind die Fuhrwege auf die Länge der Grundstücke einzumessen und die Wege nebst Böschungen von Hecken und Hindernissen zu befreien.

Nichtausführung vorstehender Arbeiten wird mit Geldstrafe bis zu 9 Mk. oder entsprechender Haft bestraft; auch werden die Arbeiten auf Kosten der Anlieger ausgeführt.

Geisenheim, den 10. März 1920.

Die Polizeiverwaltung.

## Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf viele hier eingelaufene Klagen wird § 11 der Orts-Polizei-Verordnung vom 10. 4. 1899 hiermit in Erinnerung gebracht:

„Es ist verboten, Hühner, Enten, Gänse oder sonstige Haustiere auf fremde Felder, Wiesen oder Gärten zu lassen. Lauben müssen während der Aussaat im Frühjahr und Herbst eingehalten werden.“

Zuwiederhandlung gegen vorstehende Verordnung werden nach § 13 der Orts-Polizei-Verordnung vom 10. 4. 1899 mit Geldstrafe von 1—9 Mk. und im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Geisenheim, den 6. März 1920.

Die Polizeiverwaltung.

## Bekanntmachung.

Da die bisherigen Nachtwächter gelündigt haben, ist in Aussicht genommen, drei andere Nachtwächter im Nebenamte anzustellen. Der Dienst ist in der Weise geregelt, daß jede Nacht 2 Wächter Dienst tun, während der Dritte dienstfrei ist. Nähere Auskunft über Dienstordnung, Dienstzeiten usw. wird auf dem Bürgermeisteramte, Zimmer Nr. 7 erteilt.

Bewerbungsgesuche sind baldmöglichst einzureichen.

Geisenheim, den 11. März 1920.

Die Polizeiverwaltung.

## Bekanntmachung.

Betr. Pankostenzuschüsse.

Der Reichsrat hat neue Bestimmungen über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen erlassen. Dazu sind Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers und Musterfragebogen, sowie Musterberechnung bekannt gegeben. Bevor die Frage der Bewilligung der von der Gemeinde zu tragenden Bausumme näher getreten werden kann, ist es nötig, eine Übersicht über die etwa in Frage kommenden Bauvorhaben zu erhalten.

Vaulastige, die den Nachweis der Aufbringung der durch das Reichsdarlehen nicht gedeckten Kosten beibringen können, wollen sich deshalb bis zum 15. ds. Mts. im Rathaus Zimmer 1 (Erdgeschoss) melden, wo auch die betreffenden Bestimmungen zur Einsicht offen liegen.

Im übrigen wird entsprechend einer Anregung des Herrn Regierungs-Präsidenten empfohlen, vor Fertigstellung des Bauentwurfs bei dem Wohnungsaufsichtsbeamten der Regierung zu Wiesbaden (Bahnhofstraße 15 Zimmer Nr. 60) Rücksprache zu nehmen oder den für die Bauabteilung beauftragten Architekten damit zu beauftragen.

Die vorgeschriebenen Fragebogen sind zu beziehen aus Karl Heymanns Verlag und Vordrucklager Berlin W 8, Mauerstraße 43—44.

Bemerkung wird noch, daß die Gemeinde, wenn die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind, Baugelände aus der Hieberschen Schenkung zur unentgeltlichen Abgabe an Kriegsteilnehmer- und Hinterbliebene von solchen zur Verfügung stellen kann.

Geisenheim, den 11. März 1920.

Der Magistrat. Dr. Schneider.

## Geschäfts-Verlegung.

Einer verehrl. Einwohner- und Nachbarschaft von Geisenheim zur gefl. Kenntnis, dass ich vom 15. März meine Bäckerei nach der

### Marktstrasse 20

(früher Schmitt'sche Bäckerei) verlegt habe.

Ich bitte, das mir bisher geschenkte Vertrauen auch weiterhin bewahren zu wollen.

Auf Wunsch wird die Ware ins Haus geliefert.

Hochachtungsvoll

Joh. Walther, Bäckerei.

Der Einfachheit halber habe ich die seither von mir betriebene Firma

### Adolf Koerwer Nachf.

auf meinen eigenen Namen eintragen lassen.

Ich werde weiter um den Ausbau meines Geschäftes bemüht bleiben und bitte, mich durch regen Zuspruch auch in meiner hiesigen Filiale unterstützen zu wollen.

### Charlotte Vollmar

Tel. 381. Biebrich, Rathausstr. 36.

Spezialhaus für Damenputz.

Filiale Geisenheim, Lindenplatz.

## Bekanntmachung

Der Eigentümer des bei Wiff. Conrad, Tauhausstraße 1 zugekauften Volkshundes hat sich noch nicht gemeldet. Sollte der Hund von dem rechtmäßigen Besitzer innerhalb 14 Tagen nicht abgeholt sein, so wird derselbe öffentlich versteigert.

Geisenheim, den 11. März 1920.

Die Polizeiverwaltung.

## Bekanntmachung.

Aufnahme der Kinder in die Schule.

Zum 1. April ds. Js. werden die Kinder die vor dem 1. April 1914 geboren sind, schulpflichtig. Außerdem können noch solche Kinder aufgenommen werden, die genügende körperliche und geistige Entwicklung aufweisen und bis zum 30. September ds. Js. das sechste Lebensjahr vollenden. Die Eltern wollen die Kinder bis zum 13. März mir vorstellen. Impfschein und Familienbuch sind bei der Anmeldung vorzulegen. Sprechstunden: an den Wochentagen von 10—11 Uhr.

Geisenheim, den 4. März 1920.

Der Rektor: Janßen.

## Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung B ist heute bei Nr. 5 betr. die Firma Gebrüder Vorst, G. m. b. H. in Geisenheim a. Rh., folgendes eingetragen worden: Die Kaufleute Josef Lohr und Karl Oster zu Geisenheim sind zu Geschäftsführer bestellt. Dem Kaufmann W. S. Steinheimer zu Oestrich ist Prokura erteilt.

Die Prokura des Josef Lohr ist erloschen.

Rüdesheim a. Rh., den 4. Februar 1920.

Das Amtsgericht.

## Brennholz

sowie schlagbare Bestände zur Selbstfällung zu kaufen gesucht.

Gustav Rebelung, Frankfurt a. M.

Telefon Hansa 533. Wittelsbacher Allee 4.

## Wir kaufen andauernd

### Alt-Metalle

zum höchsten Tagespreis.

Bal. Waas, Inh.: Gebr. Waas

Maschinenfabrik, Geisenheim am Rhein.

## Besten Erfolg

haben\* Inserate jederzeit in der Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.) Exp.: Winkeler Landstrasse 53b

## Zuverlässiges Monatsmädchen

oder Frau gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle der Zeitung.

## Dachsen-

gegen

## Mutterkalb

zu tauschen gesucht. Angebote zu richten an die Geschäftsstelle der Stg.

## Cognac-

und

## Weinflaschen

kauf zu Mk. 1.20 das Stück. Kirchstraße 25.

## Wein- und Sekt-Flaschen

kauf zu den höchsten Tagespreisen

Adam Schenk IV.

Blaubachstraße 11.

Wir kaufen immer noch

leere

## Sektflaschen

zu höchsten Preisen.

Neuhaus & Müller.

## Kaufe

jedes, auch das kleinste

Quantum öl- u. säurefreie

## Wein- und Sekt-Flaschen.

Friedrichstr. 22, Rüdesheim  
Römerberg 7, Geisenheim,  
Hauptstr. 104, Binkel,  
Andreassstr. 4, Erbach.

## Seringe

in Gelee

## Rollmops

mit Gurkeneinlage.

C. Kremer Nachf.

Inh.: Hermann Laut

Geisenheim a. Rhein.

## Färberei u. Hem. Reinigung

Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

Annahmestelle für Rüdesheim, Geisenheim und Umgebung Herr Schneidermeister, Schön, Rüdesheim

Neustrasse 12.

Reinigen und Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben sowie Teppichen, Möbelstoffen usw. innerhalb 8—10 Tagen bei tadelloser Ausführung und soliden Preisen. Trauersachen innerhalb 48 Stund. Durch genügend Beizvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden.

Hotel Restaurant, Cafe  
Hotel zur Linde  
Telefon Nr. 205.

## Deutsche dem. Partei

Ortsgruppe Geisenheim  
Am Donnerstag, 11. März,  
abends 8 Uhr, findet im  
Gasthaus „zum weißen Hof“ eine

Zusammenkunft  
unserer Mitglieder statt,  
wozu ergebenst einladet  
Der Vorstand.

## Turnerschaft Geisenheim von 1858.

Heute Abend:

### Turnstunde

der aktiven Turner und  
Jünglinge. Volljähriges Er-  
scheinen dringend erwünscht.  
Der Turnauschuß.

Samstag, den 13. ds. Mts.,  
abends 8 Uhr:

### Bersammlung

im „Deutschen Haus“. Voll-  
jähriges Erscheinen dringend  
erwünscht.

Der Vorstand.

## Bürger-Gesellschaft Geisenheim a. Rh.

Freitag Abend 7 1/2 Uhr  
im „Deutschen Haus“

### Gesangstunde.

Um recht zahlreiche Be-  
teiligung bittet.

Der Vorstand.

## Bauernschaft Ortsgruppe Geisenheim.

Samstag den 13. ds. Mts.  
abends 8 Uhr:

### Bersammlung

im Hotel „Germania“. Der  
wichtigen Tages-  
ordnung wegen wird um  
pünktliches und volljähriges  
Erscheinen gebeten.

Der Vorstand

## Rath. Gesellenverein Geisenheim.

Theaterabteilung.  
Donnerstag, den 11. März  
abends 8 Uhr Sitzung im  
Vereinshaus. Die Text-  
bücher zu „Elmar“ mit-  
bringen. Wir bitten unsere  
Mitglieder, volljährig zu  
erscheinen.

Der Vorstand.

## F. I. Geisenheimer Fußballverein 1908

Freitag Abend 8 Uhr im  
Vereinslokal

### Spieler-Sitzung.

Der Vorstand.

## Zur Frühjahrsdüngung!

Kali- Ammon- Salpeter-  
Superphosphat 1/4 zitr. 4

Ammonsulfatsalpeter  
26,55% Stickstoff.

## Kainit.

G. F. Dilorenzi  
Telefon 134.